

Bezirks

INFOS

der
DKP Ruhr-Westfalen

Impressum

*Hrsg: Sekretariat des Bezirksvorstand
der DKP Ruhr Westfalen*

Red.: Heinrich Stelbrink-Genn

*Adresse: Hoffnungstr. 18
451257Essen*

*Tel.: 0201 – 22 51 47 (DKP)
0201 – 74 92929 (H. St.-G.)*

e-mail: dkp-bv-kv-essen@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
es ist schon einige Jahre her, dass der Bezirksvorstand sich in der Lage sah, ein „INFO“ für seine Kreise bzw. Grundorganisationen herauszugeben. Das lag einfach daran, dass sie niemanden hatten, der sich für eine kontinuierliche Herausgabe praktisch verantwortlich machen wollte. Das hat sich jetzt geändert.

Mit dieser Ausgabe übernimmt Genosse Heinrich Stelbrink-Genn, Mitglied des Bezirksvorstandes die Verantwortung für einen Neustart.

Wir beabsichtigen das „INFO“ fünf bis sechs Mal im Jahr zu erstellen, wobei die Devise gilt : Lieber öfter als dicker.

Zu Beginn soll das „INFOS“ ausschließlich gedruckt in mehreren Exemplaren verschickt werden. Perspektivisch ist ein Versand per Internet, der billiger wäre, angedacht.: soweit in Kreisen und Gruppen Internetanschlüsse zu Verfügung stehen

Das „INFOS“ verfolgt als Ziele die Kreisorganisationen, Grundorganisationen und – über diese – der einzelnen Parteimitglieder über die Politik und die Organisation der Arbeit der DKP im Bezirk Ruhr-Westfalen zu informieren und orientieren.

Diese Ziele will das „INFOS“ erreichen durch

- a) Information über
 - Bezirksvorstands-Tagungen und deren Beschlüsse
 - Veranstaltungen des BV und seiner Arbeitskreise
 - Aktivitäten der Kreis- / Grundorganisationen
 - relevante Veranstaltungen / Tagungen im Bündnisbereich

- b) Ankündigung und Werbung für Veranstaltungen des BVs, der Kreisorganisationen; sowie der Karl-Liebknecht-Schule und der Marx-Engels Stiftung

Wir hoffen auf reges Interesse an unseren neuen INFO.

Anmerkung der Redaktion

Es versteht sich fast von selber, das INFOS über keine „rasenden Reporter“ verfügt, die immer „am Puls“ der politischen Aktion der DKP Betirksorganisation sind. Wenn ihr es als sinnvoll anseht, dass eine eurer Aktionen in INFOS erscheint – oder auch nur stolz auf eure Aktion seit – müsst ihr mir diese zur Kenntnis bringen: Am besten natürlich durch einen fertigen Artikel per e-mail, aber ich könnt schon damit leben, wenn ich nur ‘ne schriftliche oder telefonische Kurzinformation bekomme. Und: Fotos müssen auch nicht übers Internet kommen – wir können hier auch scannen. Alle Adressen findet ihr im Impressum. heinrich

An Stelle eines Nachworts

Liebe Genossinnen und Genossen,

Aller Anfang ist schwer, auch wenn es kein völliger Neuanfang ist.

Ich weiß: Dieses INFO ist eine „Bleiwüste“. Aber wenn es fertig werden sollte, bevor es Dezember wird, ließ sich das nicht ändern.

1. kam mir eine Krankheit dazwischen; 2. hab ich lange nicht mit diesem Publisher – Programm gearbeitet; 3. ist auch unsere Computer-Arbeitsplatz noch nicht so, wie er sein sollte. Also verfare ich nach dem Prinzip: „Besser so’n INFO, als kein INFO“, und arbeite an der Verbesserung in den nächsten Ausgaben. heinrich

Bezirksvorstandstagung

am 23. Oktober 2005

Im Vormittagsteil der BV-Tagung wertete der Bezirksvorstand die Aktivitäten der DKP Ruhr-Westfalen Bundestags-Wahlkampf und die diesbezüglichen Erfahrungen in der Bündnisarbeit aus.

In seinem Referat sagte Patrik Köbele: Die Wahl zeige, dass das allgemeine politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnis weder auf Veränderung weise noch Labilität zeige. Der begrüßenswerte Erfolg der Linkspartei zeige noch keine Aufbruchsbewegung sondern lediglich eine Aufbruchstimmung. Allerdings solle zur Kenntnis genommen werden, dass die erfolgreiche Installation einer echten parlamentarischen Opposition auch nicht durch massive anti-kommunistische Demagogie verhindert werden konnte. Für die Linkspartei zeige sich, dass deren Führung ihre Weiterentwicklung in Richtung einer stark parlamentarisch orientierten, links-sozialdemokratischen Wahlpartei vorantreibe. Genosse Köbele verwies zudem auf die unterschiedliche Haltung der Gewerkschaftsführungen zur großen Koalition: vorbehaltlose Zustimmung bei IG BCE-Schmoldt — deutliche Kritik in der IG BAU.

Im Hinblick auf die anstehende Orientierung der Partei im Rahmen der Mitgliedsbuch-Neuauflage sollten verstärkt Betriebsarbeit und die Jugendfrage beachtet werden.

In den Berichten aus den Kreisen schälte sich als allgemeine Tendenz heraus, dass die Genossinnen und Genossen den Wahlkampf über Infostände und vorwiegend eigenständiges Material geführt hatten. Zu diesem zählte auch das vom PV herausgegebene Material. Die Anzahl der Infostände stand dabei im Verhältnis zur jeweiligen Stärke der Organisation. Nur in Ausnahmefällen bestand unsere Wahlaktivitäten in der direkten Durchführung von Infoständen der „Linkspartei.PDS“, bzw. in der direkten Unterstützung anderer Wahlkampfaktivitäten.

Auch in Bezug auf die sonstige Bündnisar-

beit zeichneten die Berichte ein übereinstimmendes Bild: Die Gespräche und Zusammenarbeit mit Mitgliedern von Linkspartei-PDS und WASG waren überall dort konstruktiv und perspektivisch richtungweisend, wo sie partnerschaftlich geführt werden konnten. Das traf insbesondere bei den Gesprächspartnern zu, die die Notwendigkeit der Entwicklung, bzw. Weiterentwicklung einer außerparlamentarischen Bewegung teilten, und sie praktisch durch aktive und kreative Arbeit in Gewerkschaften und Sozialforen etc. umsetzen wollen.

Achtung: große Aufräum-Aktion im Lager der Partei.

Termin: 3. und 4. Dezember Hoffnungstr.

Damit wir im nächsten Jahr wieder unsere Öffentlichkeitsarbeit, wie Feste, Kundgebungen, Ferienlager, Pfingstcamps usw. gut durchführen können, wollen wir unsere Materialien durchforsten und neu ordnen. Dazu brauchen wir Hilfe von Genossinnen und Genossen und SDAJlern. Wer Zeit hat zu helfen, melde sich bitte beim Bezirk.

Wir berichten

**Forum des AK W & S
zur aktuellen „Keynes-Diskussion“**

Von Keynes zum Klassenkampf

Am 8. Oktober veranstaltete der Bezirksvorstand und der Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialpolitik Ruhr-Westfalen im Haus der DKP ein Forum mit dem Titel „Keynes: Fluchtpunkt für Marxisten oder Arzt am Krankenbett des Kapitalismus?“. Referent war der Genosse Manfred Szameitat, Frankfurt. Mit ihm diskutierten über 30 Genossinnen und Genossen über Möglichkeiten und Grenzen keynesianischer Konzepte, über Schnittmengen und Bruchpunkte zu kommunistischen Positionen und über die praktisch-politische Haltung von Kommunisten zu keynesianischen Kräften.

Im Referat umriss Manfred Szameitat die Hauptmerkmale keynesianischer Wirtschaftstheorie und -politik, um dann auf praktische Probleme ihrer Umsetzung einzugehen und eine marxistische Position zu entwickeln.

(Fortsetzung S. 3)

(Fortsetzung von S. 2)

Er hob hervor, dass John Maynard Keynes als erster bürgerlicher Ökonom mit zentralen ökonomischen Dogmen der klassischen bürgerlichen Ökonomie gebrochen habe, die auch heute noch zum Rüstzeug der „Angebotstheoretiker“ gehörten. Ursprung der kapitalistischen Krisen seien nach Keynes negative Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Profitrate aufgrund der im Kapitalismus naturgemäß begrenzten Massenkaufkraft.

Die angehäuften Profite der Kapitalisten erwiesen sich so als „selbstgestellte Falle“, aus der es kein Entrinnen gebe außer kreditfinanzierten öffentlichen Investitionen zur Schließung der aus der kapitalistischen Produktionsweise immer wieder neu entstehenden „Nachfragelücke“. Eine solche öffentliche Anschubfinanzierung trage sich aufgrund progressiver Steuern auf die zusätzliche Kaufkraft tendenziell selbst.

Den Ursprung des Keynesianismus machte der Referent zeitlich in den 20er Jahren des 20. Jh. und sachlich sowohl in den Eindrücken der Weltwirtschaftskrise nach 1929 als auch im Vorbild der dynamischen Wirtschaftsentwicklung der UdSSR aus. Zur Wirkungsgeschichte des Keynesianismus gehörten der z. T. sehr erfolgreiche Klassenkompromiss des „New Deal“ in den USA unter Roosevelt, aber auch die Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus und die Konjunktur- und Finanzpolitik der BRD von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre. Nach dem Abrücken der USA und Großbritanniens vom Keynesianismus aufgrund ihrer massiv verschlechterten internationalen Konkurrenzposition sei der Keynesianismus in der BRD zunächst ideologisch, dann ab 1982 auch politisch zurückgedrängt worden.

Heute wirke in der EU der Maastricht-Vertrag als Sperrriegel gegen keynesianische Nachfragepolitik. Mit Kriegs- und Rüstungskonjunktur, aber auch mit der Niedrigzinspolitik ihrer Notenbank gebe es in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA trotz gegenteiliger Propaganda starke keynesianische Impulse. Mit Blick auf die Entwicklung in den USA und auf den deutschen Faschismus hielt der Referent fest, Rüstungsaufträge und Kriege stellten von

ihrer Wirkung her zwar ein starkes keynesianisches Nachfrageprogramm dar, aber der Umkehrschluss, dass keynesianische Nachfrageorientierung auf Aufrüstung und Krieg hinauslaufen müssten, sei nicht zulässig.

Praktische Probleme keynesianischer Wirtschaftspolitik machte der Referent vor allem auf der Ebene der Klassenbeziehungen und im Außenhandel aus.

Eine konsequente Beschäftigungsorientierung vermindere die Arbeitslosigkeit und stärke die Position der Arbeiterklasse, gebe mithin also den Löhnen Auftrieb.

Die von rechts-keynesianisch orientierten Gewerkschaftsführungen in vorausgehendem Gehorsam aus „Standort“-Rücksichten vertretenen permanenten Zugeständnisse in der Lohnpolitik bewirkten allerdings das Gegenteil. Zum Problem der offenen Grenzen merkte der Referent an, je größer der Wirtschaftsraum, desto erfolgreicher könnten keynesianische Beschäftigungsprogramme sein. Der letzte organisierte Versuch keynesianischer Wirtschaftspolitik in Europa sei ab 1981 von der sozialistischen Regierung Frankreichs unter Beteiligung der Kommunisten gemacht worden. Keynesianismus sei nur durchsetzbar in reichen kapitalistischen Ländern mit einem relativ geringen Außenhandelsanteil an der Wirtschaftsleistung. Dies treffe aber auf den Wirtschaftsraum EU heute durchaus zu. Die BRD mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit sei sogar ein ideales Feld für den Keynesianismus.

Als politische Schlussfolgerungen zum Keynesianismus hielt der Referent fest,

er sei unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise als Antwort auf die Erfolge des Sozialismus in der UdSSR entstanden,

er sei Ausdruck des Primats der Politik über die Ökonomie und ähnele damit der kapitalistischen Kriegswirtschaft und der Wirtschaftspolitik des Faschismus, indem er dem Staat als dem ideellen Gesamtkapitalisten ein hohes Gewicht gebe,

er verbessere fast immer die Position der Arbeiterklasse gegenüber dem „blanken Neoliberalismus“,

(Fortsetzung S.4)

(Fortsetzung von S. 3)

er reagiere immer nur auf konjunkturelle Probleme und sei deshalb höchstens eine kurzfristige Lösung,

er könne aktuell in der EU und der BRD die Nachfrage stärken,

er berge die Gefahr einer nationalen Vereinnahmung der Arbeiterklasse („Standort“-Denken, Volksgemeinschaftsideologie),

gleichzeitig biete er Ansatzpunkte für über den Kapitalismus hinaus weisende Konzepte (Preispolitik, Kapitalverkehrskontrollen),

schließlich sei der Kampf um Elemente keynesianischer Wirtschaftspolitik notwendiger Teil des Klassenkampfes.

Schwerpunkte der Diskussion waren vor allem die unterschiedlichen theoretischen Ausgangspunkte von Marxisten und Keynesianern und der notwendige kritische Blick auf Wirkungsgeschichte und -bedingungen des Keynesianismus. Dazu kamen die praktisch-politische Haltung zu den Keynesianern als wichtigen politischen Bündnispartnern und zu Elementen keynesianischer Wirtschaftspolitik als notwendigen Bestandteilen des Klassenkampfes der Arbeiterklasse um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Unterschieden wurde zwischen Rechts- und Links-Keynesianismus, wobei der erste Begriff mit Rüstungs- und Kriegsprogrammen und der zweite mit Eingriffen in die Verfügungsgewalt der Kapitalisten verbunden wurde.

Wiederholt wurde auf die Berührungspunkte des Keynesianismus mit Krieg und Faschismus, Bush's Kriegsprogramm und dem „deutschen Wirtschaftswunder“ hingewiesen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob Keynesianismus unter „Globalisierungs“-Bedingungen überhaupt noch möglich sei. Dabei wurde die in den Positionen der DKP zur Bundestagswahl enthaltene Abgrenzung zu Auffassungen, eine Rückkehr zum „Sozialstaat“ des Klassenkompromisses sei möglich, vielfach als richtig begrüßt.

Die Ausprägung von Rechts- und Linkskeynesianismus sei eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses; entscheidend sei die

Frage, inwieweit keynesianische Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse beitragen könne: Insofern seien die Keynesianer als Bündnispartner für die Marxisten alternativlos.

Gegenwärtig stiegen die Durchsetzungschancen für links-keynesianische Ansätze aufgrund des Wahlergebnisses der Linkspartei; dieses sei aber ohne außerparlamentarischen Druck nicht zu halten. Der Kampf zwischen Keynesianern und Angebotstheoretikern wurde als Kampf zwischen zwei Linien der bürgerlichen politischen Ökonomie bezeichnet. Es wurde betont, dass die Keynesianer auf der Verteilungsebene ansetzen wollten, während die Marxisten die Krisenursachen in der kapitalistischen Produktionsweise selbst sähen. Auch wurde die Bedeutung von Verstaatlichungsforderungen und sozial-ökologischen Programmen als Annäherung an die Systemfrage hervorgehoben. Diskutiert wurde auch die Frage der Wachstumsorientierung; während in einem Diskussionsbeitrag die Bedeutung qualitativen Wachstums betont wurde, bekannte sich der Referent zum Wachstum als Befriedigung objektiver Bedürfnisse der arbeitenden Menschen.

Einig waren sich die Anwesenden, dass ein Bekenntnis zum Keynesianismus nicht ins Parteiprogramm gehöre, wohl aber die Orientierung auf den Kampf um die Durchsetzung von Elementen keynesianischer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Während Keynesianismus im wesentlichen auf staatliche Beschäftigungsprogramme hinauslaufe, müssten die Reformüberlegungen der Kommunisten jedoch darüber hinausgehen. Letztlich gehe es darum, keynesianische Elemente in den Klassenkampf „einzubauen“.

Alles in allem eine wichtige, notwendige Veranstaltung. Vier Stunden reichten kaum aus für eine äußerst lebhafte und spannende Diskussion, die fortgesetzt, aber auch in Kreisen und Gruppen aufgenommen werden sollte.

*Die Red. des INFO dankt **Wolfgang Garbers-Detering** Leiter des AK W&S für diesen informativen Bildungsbeitrag.*

DKP Hamm-Hellweg

Zur aktuellen Programmdiskussion

Die DKP Hamm-Hellweg hat in zwei Mitgliederversammlungen über den Programmentwurf diskutiert. Wir möchten insbesondere zu Aussagen im Abschnitt V Stellung nehmen (Textbezüge jeweils zum Text in „DKP-Informationen“ Nr. 1/2005):

1. Im Abschnitt V sind Stellung und Struktur der Arbeiterklasse (der objektive Faktor) zutreffend beschrieben (S. 17/18). Es wird aber mit keiner Silbe auf die Faktoren eingegangen, die sie daran hindern, auf der Grundlage dieser Klassenlage ihre Interessen wirksam und dauerhaft zu vertreten – der subjektive Faktor bleibt völlig ausgeblendet.

2. Aus der gemeinsamen Klassenlage der verschiedenen Teile der Klasse wird die objektive Grundlage der Aktionseinheit abgeleitet. Der Hinweis auf die unterschiedliche politische Ausrichtung der Arbeiterbewegung bleibt aber auf die Formulierung „verschiedene politische und weltanschauliche Strömungen“ beschränkt, bei denen „objektiv das Einigende bei weitem stärker als das Trennende“ sei, nämlich „gemeinsame Klasseninteressen“ gegenüber einem starken, hoch organisierten, einheitlich handelnden Klassengegner (S. 18). Eine richtige Aussage, aber auch hier wird nur auf die objektive Seite gesehen - der subjektive Faktor bleibt außen vor. Der Entwurf verzichtet auf die Nennung der Hauptströmungen in der Arbeiterbewegung.

Die Rolle des Opportunismus wird nicht benannt und folglich auch nicht die Notwendigkeit der politischen Auseinandersetzung mit ihm als dem Haupthemmnis bei der Entwicklung des subjektiven Faktors.

„Stets das Einigende in den Vordergrund zu rücken“ und „gemeinsame Arbeiteraktionen zu fördern“ ist ein richtiger Grundsatz. Er muss aber von einer festen Klassenposition aus umgesetzt werden, und dies setzt die ernsthafte und beharrliche Auseinandersetzung mit dem Opportunismus voraus.

3. Der Entwurf formuliert: aus der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und der ökonomischen und politischen Herrschaft des Monopolkapitals „erwachsen die Notwendigkeit und die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns der Arbeiterklasse

und eines breiten Bündnisses nichtmonopolistischer Kräfte.“ (S. 17). Aus dieser Aussage (wie auch aus manch anderen Äußerungen in der programmatischen Debatte überhaupt) kann der Eindruck entstehen, Aktionseinheits- und Bündnispolitik stünden in der kommunistischen Strategie mehr oder weniger beziehungslos nebeneinander oder ihr Stellenwert sei je nach den politischen Bedingungen austauschbar.

Die Politik der Aktionseinheit ist auf der Basis gemeinsamer Klasseninteressen darauf gerichtet, das gemeinsame Handeln innerhalb der Klasse immer wieder aufs Neue zu erkämpfen.

Bündnispolitik findet zwischen Vertretern verschiedener Klassen und Schichten statt und hat immer wieder auszuloten, welche (wenn auch u. U. nur zeitweiligen) Schnittmengen / Interessenparallelitäten gegenüber dem Monopolkapital klassen- bzw. schichtenübergreifend gefunden, genutzt und (wenn möglich) ausgebaut werden können, um den übermächtigen Gegner zu schwächen und Widersprüche in seinem Herrschaftssystem auszunutzen.

Wir halten es für notwendig, dass im Programmentwurf einer kommunistischen Partei dieser qualitative Unterschied zwischen Aktionseinheits- und Bündnispolitik sichtbar wird.

4. Auf S. 20 werden verschiedene Felder der Bündnispolitik genannt und die Beteiligung der DKP eingefordert, was (nach Maßgabe unserer Kräfte) völlig richtig ist. Es wird aber nirgendwo sichtbar, was der spezifische Beitrag der Kommunisten ist, den nur wir einbringen können (und gerade deshalb um so notwendiger einbringen müssen) und der nicht genauso gut von z. B. sozialdemokratisch, christlich, rein gewerkschaftlich, pazifistisch oder ökologisch ausgerichteten Kräften geleistet werden kann.

5. Am Ende dieser Aufzählung bündnispolitischer Notwendigkeiten stehen die Jugend- und die Frauenpolitik (S. 20/21). Wieso werden die spezifischen Anforderungen an proletarische Klassenpolitik im Hinblick auf die jugendlichen und die weiblichen Mitglieder der Klasse unter Bündnispolitik subsumiert, so als ob Klassenschranken oder Schichtgrenzen die Jungen von den Älteren und die Frauen von den Männern trennten? Hat Jugend- oder Frauenpolitik nichts mit Aktions-

(Fortsetzung von S. 5)

einheit zu tun? Gehört sie nicht zuallererst in die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung (und ist gerade deshalb für uns überlebensnotwendig)?

Wir erwarten tiefgreifende Überarbeitungen des Programmentwurfs gerade im Hinblick auf die Beschreibung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse (des subjektiven Faktors), die Rolle des Opportunismus, das Verhältnis von Klasse und Bewegungen und die Rolle der Partei bei der Entwicklung und Zuspitzung von Klassenkämpfen. Vom Programm einer kommunistischen Partei müssen hier klare und orientierende Aussagen erwartet werden.

Die **DKP Dortmund** informiert uns über einen kommunalpolitische Initiative, die sie im „linken Bündnis dortmund“ mitentwickelt hat. Anlässlich von zusätzliche Einnahmen der Stadt Dortmund entwarf das Bündnis einen beispielgebenden Forderungskatalog.

50 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen

Wie viele Städte hat auch Dortmund mehr Gewerbesteuern eingenommen als ursprünglich angenommen und eingeplant. Die Dortmunder Verwaltungsspitze sieht jedoch keinen sozialpolitischen Handlungsbedarf und will die Mehreinnahmen an den dringenden Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei den Banken zur so genannten Haushaltskonsolidierung zuschustern!

50 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben

Wir fordern: Diese Steuermehreinnahmen müssen zur Lösung dringender sozialer Probleme und zur Förderung von Ausbildung und Beschäftigung verwendet werden! Es müssen Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Armut ergriffen werden!

Im ersten Halbjahr 2005 sind die Gewerbesteureinnahmen in der BRD unerwartet um 1,5 Milliarden Euro gestiegen. Das bedeutet für Dortmund Mehreinnahmen von 50 Mio. Euro. Doch nach der Ankündigung der Verwaltungsspitze sollen diese Mehreinnahmen nicht zur Befriedigung dringender Bedürfnisse der Bevölkerung verwendet werden, sondern in die „Haushaltskonsolidierung“ fließen. Dieses Geld soll also bei den Ban-

ken landen, bei denen die Stadt in der Kreide steht.

Insbesondere wegen des Mangels an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und der zunehmenden Armut in dieser Stadt muss mit diesem Geld ein Sofortprogramm zur Förderung der Beschäftigung und Befriedigung dringender sozialer Bedürfnisse finanziert werden!

Wir fordern ein kommunales Sofortprogramm in der Ausbildungs-, Arbeits-, Sozial- und Investitionspolitik

So soll das Sofortprogramm aussehen:

Einführung des Nulltarifs im Öffentlichen Nahverkehr für Alg-II-Empfänger und Einkommensschwache:

Zahlreiche Initiativen und Sozialverbände fordern den Null-Tarif bei Bus und Bahn für alle Inhaber des "Dortmund-Passes" - dies wird seit langem vom Linken Bündnis Dortmund gefordert und unterstützt. Damit kann der Isolation, in die viele Menschen durch Arbeitslosigkeit und Armut geraten, entgegengewirkt werden.

Einrichtung und Besetzung von 100 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bei der Stadt Dortmund:

Die Ausbildungsplatzsituation ist katastrophal. Auch in Dortmund entziehen sich gerade Großbetriebe ihrer Ausbildungsverpflichtung. Auch die Stadtverwaltung bildet viel weniger aus als die von SDAJ und Gewerkschaftsjugend geforderten 10% der Gesamtbeschäftigten ist nach jahrelangem Einstellungsstopp allemal gegeben.

Übernahme von zunächst 100 Ein-Euro-Jobbern in unbefristete tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse

Das Linke Bündnis Dortmund lehnt Ein-Euro-Jobs als moderne Sklavenarbeit ab. Sie sind eine skandalöse Form staatlicher Lohndrückerei. Ein-Euro-Jobber haben keinerlei Rechte, aber jede Menge übler Sanktionen (Sperrzeiten, Zahlungseinstellung u. a.) zu befürchten. Allein bei der Stadtverwaltung sollen künftig 1.500 Kolleginnen und Kollegen für einen Euro pro Stunde schufteten. Wir fordern die Übernahme der auf Ein-Euro-Basis Beschäftigten in feste, tariflich fixierte Arbeitsverhältnisse.

Maßnahmen zur Sanierung der städtischen Infrastruktur:

Die verfallende städtische Infrastruktur (wie z. B. Schulen und andere öffentliche Gebäude, Abwasserkanalnetz, Sportstätten, Grünanlagen, Spielplätze, Radwegenetz) ist hoch sanierungsbedürftig. Die dringend notwendigen Investitionen werden in der Bauwirtschaft zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen. Finanzierungssicherung für die sozialen Dienste, Initiativen und Projekte, die Opfer des jahrelangen Sozialabbaus wurden:

Viele Einrichtungen (wie Aids-Hilfe, Drogenhilfe u. a. m.) können ihre Arbeit wegen der Mittelkürzungen der vergangenen Jahre kaum noch durchführen. Nur mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung können sie ihre Hilfsangebote aufrechterhalten und weiter entwickeln, die für viele Menschen überlebensnotwendig sind.

Übrigens:

Die unerwarteten Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer bedeuten keineswegs eine grundsätzliche Besserung der finanziellen Lage der Gemeinden. Notwendig ist und bleibt eine grundlegende Reform der Steuerpolitik. Nur dadurch kann die Finanzsituation der Städte und Gemeinden verbessert werden.

Die Banken und Konzerne, die Unternehmen und Vermögenden sind endlich entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten zu besteuern.

Notwendig sind sowohl eine konsequente Unternehmensbesteuerung als auch das Wiederbeleben der Vermögenssteuer und eine Gemeindefinanzreform, die den Gemeinden eine eigenständige, stabile Einnahmequelle und Handlungsfähigkeit sichert.

Die Entschuldung der Kommunen ist notwendig. Als Sofortmaßnahme fordern wir ein Zinsmoratorium, d.h. die Einstellung der Zinszahlungen an die Banken.

VVN-BdA

"Wir können die Hungernden nicht speisen mit unserem Gesang, wir können den Frierenden nicht Kohle zum Wärmen geben und den Obdachlosen nicht Wohnung; aber unsere Musik kann den Hoffnungslosen aufrichten und dem Unwissenden sagen, wer ihm Brot, Kohle und Obdach gestohlen hat, unser Gesang kann den Müden zum Kämpfer machen!" (Hans Eisler)

Das **11. Antifaschistische Jugendtreffen** der VVN-BdA findet am **14. Januar 2006** unter dem Motto:

„Kunst, Kultur und Widerstand - Für eine antifaschistische Republik!“

im Statthaus Böcklerpark, Prinzenstraße 1, in Berlin / Kreuzberg statt.

Beginn 14:00, Eintritt inkl. Abendveranstaltung 5 EUR>

Es wird verschiedene Arbeitsgruppen rund um das Thema Kunst, Kultur und Widerstand - Für eine antifaschistische Republik mit namhaften und kompetenten ReferentInnen geben in denen sich die jugendlichen und junggebliebenen TeilnehmerInnen einbringen können z.B:>

1) „Vorwärts und nicht vergessen worin unsere Stärke besteht!“

Antifa-Jugendgruppen, Projekte und Initiativen stellen sich vor und zur Diskussion

2) „Von „Stattzeitungen“ bis „Freie Radios“

Eine Zeitreise durch alternative Medienkultur

3) „Und weil der Mensch ein Mensch ist...“

Von der „1. internationalen Arbeiter – Musik- u. Gesangsolympiade“ Europas in Strasbourg 1935, zur linken Musikkultur heute!

Podiumsdiskussion : „Kultur der Anpassung - Kultur des Widerstandes“

Abendprogramm ab 20:00 h:
angesagte Bands, Cocktails, Abtanzen

Achtung!

Die SDAJ Ruhr-Westfalen organisiert eine Busfahrt zu diesem Treffen !

Kontakt über
David Nagelsmann,
Vorsitzender der SDAJ Ruhr-Westfalen
Tel.: 0251-9795717
e-mail: sdaj-ruhr@web.de

**DKP
Bezirksvorstand
Ruhr Westfalen**

Liebe Genossinnen und
Genossen, hiermit laden wir Euch
herzlich zu einer

**Kommunalpolitischen
Beratung,**

am **08.12.2005, 19.00 Uhr,**
Hoffnungstr. 18. ein.

Für die Tagesordnung schlagen wir
folgende Punkte vor:

- 1.** Umgang mit den Etatberatungen in den
einzelnen Städten
hierzu wird der Genosse Michael Gerber
einen Einstieg geben
- 2.** Erfahrungen mit Anträgen und Aktionen
zu Hartz 4
- 3.** Vernetzung
(wie schaffen wir einen
Informationsaustausch untereinander)

Eingeladen sind nicht nur die
Mandatsträger und -trägerinnen, sondern
auch die anderen Genossinnen und
Genossen, die in die Parlamentsarbeit in
eurem Kreis einbezogen sind.

Bitte gebt uns Bescheid, wer aus eurem
Kreis an der Beratung teilnehmen wird
Entweder telefonisch im Bezirksbüro oder
bei

Marion Köster Tel.: 0201 / 53 86 31,
e-mail: pumkoester@aol.com

Mit roten Grüßen

Marion Köster

DKP Ruhr-Westfalen

**LLL-Treffen und Demo
am 14./15. Januar in Berlin**

Wir sind dabei !

Wir organisieren die Fahrt mit dem Bus ab
Duisburg, Essen und Dortmund sowie eine
Hotelübernachtung.

Kosten pro Person 55 Euro.

Anmeldung und weitere Informationen:
DKP Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen;
Tel.: 0201-225147,
Fax: 0201-26980 38

**Arbeitskreis Seniorenpolitik
DKP Ruhr Westfalen**

Wir laden herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung

An **Samstag, 17. Dezember 2005**
um **15 Uhr** im Haus der DKP,
Hoffnungstr. 18 in Essen

Das ereignis- und arbeitsreiche Jahr
möchten wir mit ein paar Stunden gemütl-
ichen Beisammenseins beenden.

Anmeldungen erwünscht an Bezirksvor-
stand

DKP Bottrop / DKP Gladbeck

KOMMUNISTEN HEUTE

**Und was sie von anderen politischen
Kräften unterscheidet.**

Es spricht:

Prof. Hans Heinz Holz

Am **Mittwoch, den 23. November 2005**

Beginn: **19.30 Uhr**

im **Lesecafe der Stadtbücherei**

Gladbeck

Ecke Friedrichstr. / Friedrich-Ebert-Str.

die **DKP Bochum**

veranstaltet vom 25. bis zum 27.11.05
(Freitag abend bis Sonntag mittag) ein
Seminar zum Thema Sozialismus. Das
Ganze richtet sich vor allem an Einsteiger
und Nichtexperten, in erster Linie soll es
um die Diskussion der theoretischen
Grundlagen gehen.

Veranstaltungsort ist das Naturfreun-
dehaus Stimmstamm im Sauerland
(zwischen Meschede und Warstein). Kos-
tenpunkt sind 30,- € pro Nase (all inclu-
sive), finanzielle Zugeständnisse an wen-
iger betuchte GenossInnen sind selbstver-
ständlich möglich.

Noch sind Plätze frei; solltet Ihr
also InteressentInnen kennen oder gar
selbst interessiert sein, meldet Euch bitte
bei der DKP-Bochum (0234/688406 oder
info@dkp-bochum.de).